Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations=Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post=Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus=Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 124. **Freitag, den 9. August.** 1867

Die Wirkung der Regierungs=Verordnungen in den neuen Provinzen.

Ehe wir noch etwas von den Wirkungen erfahren konnten, welche die plötzliche Einführung der preußischen Justiz, der Preßgesetzgebung, die Aufhebung der hannoverschen Lotterie und andere rasche Maßregeln der Regierung in den neuen Provinzen hervorbringen würden, hat sich die gesammte liberale Presse nicht sowohl gegen die Maßregeln als solche, sondern gegen die fiscalische Form der Decrete erhoben, die in Dingen erlassen wurden, welche nach constitutionellem Staatsrecht der Vereinbarung zwischen der Gesetzgebung, der Krone und der Kammern anheimfallen. Begründet konnte ein solches Verfahren nur durch die dringendste Nothwendigkeit des Augenblicks werden. Die Eventualität einer solchen war der Sinn und die Bestimmung der absoluten Gewalt, welche der Regierung bis zum 1. October d. J. in diesen Provinzen anvertraut wurde. Der Inhalt jener Verordnungen mußte ja in den verschiedenen Provinzen ganz verschieden wirken. So mußte für Schleswig=Holstein, das gesetzlich noch das mittelalterliche Prozeßvervahren mitsammt der Tortur, als Gebrauchsverfahren ein unbegrenztes Belieben der Richter hatte, die preußische Justiz eine willkommene Gabe, für Kurhessen und Hannover ein Rückschritt sein. Für alle war aber eine Gesetzgebung, wie die preußische Preßgesetzgebung, ein empfindlicher Schlag. Die Voraussagungen der liberalen Presse werden aber von den Wirkungen der Verordnungen in den neuen Provinzen doch bei Weitem übertroffen. Diese sind nicht etwa blos rechtlicher Natur. Denn von diesem Gesichtspunkte aus könnte die Aufhebung der Lotterien wenig ins Gewicht fallen. Diese aber und die Einführung der Zeitungssteuer haben eine andere, empfindlichere Wirkung gehabt, über die jetzt immer lautere Klagen eintreffen: diejenige: die Existenz von Hunderten von Familien, die an diese Beschäftigungen gekettet ist, zu bedrohen. Willig erträgt das Volk die schwersten Opfer, wenn das Vaterland in Gefahr ist, wenn eine höhere Nothwendigkeit es gebietet. War diese hier vorhanden? Wir möchten fast bezweifeln, ob die Regierung selbst diese Verordnungen erlassen hätte, wenn sie diese Wirkungen vorausgesehen hätte. Wer aber soll solche Wirkungen voraussehen, wenn nicht die Minister, zu deren Ressort solche Verordnungen gehören, die Minister der Justiz und der Finanzen? Wird man etwa die Entschuldigung eines Arztes oder eines Apothekers, die durch Fehler in den Recepten Unheil in den Familien anrichten, annehmen, sie hätten dies Unheil nicht vorausgesehen? Wir stellen diese Betrachtungen nicht etwa aus bloßer Oppositionslust gegen die Regierung an. Dennoch ist Nichts verloren, wenn dieselbe jene Verordnungen sistirt, wozu Nachrichten, die von höherer Stelle aus Ems eingetroffen sind, einige Hoffnung gewähren. Dies ist es aber, was wir den betreffenden Ressortministern nicht ernstlich genug ans Herz legen können. In einer Zeit, in der die Regierung vielleicht noch große nothwendige Opfer vom Volke wird verlangen müssen, ist es wohl gethan, jedes unnöthige Opfer, das verwundend in die Existenz der Bürger und ihrer Familien eingreift, sorgfältig zu vermeiden.

Ueber dasselbe Thema läßt Prof. K. Hillebrand zu Douai, ein eifriger Anhänger Preußens, im „Journal des Debats" also vernehmen: „Diese unpolitischen Maßregeln sind leider nur Symptome einer allgemeinen Tendenz. Schon lange verlangt man eine Sichtung (épuration) des Ministeriums, dessen meiste Mitglieder an den Schablonen des bureaukratischen Geistes festhalten. Namentlich waren die Klagen gegen den Justizminister ebenso heftig, als gerecht und allgemein. Auch in der Kammer wurden sie laut, wo man noch vor kaum einem Monat den Minister der förmlichen Ueberschreitung seiner Amtsgewalt beschuldigte. Heute nun erheben die neuen Provinzen und gerade die, welche der Annexion am meisten gewogen waren, ihre Stimme gegen diesen Minister, wie gegen die Minister des Innern und der Finanzen, deren Ernennungen und fiscalische Maßregeln vielfach verletzt haben. Und doch geht die Regierung immer weiter, als sei nichts geschehen, und der Lärm der einstimmigen Beschwerden scheint gar nicht in ihr Ohr zu dringen. Möge man sich jedoch in Acht nehmen. So stark und offenkundig auch die preußischen Tendenzen in der liberalen Partei und in der Mehrzahl der annectirten Provinzen gewesen sein mögen, immer war es einerseits das eigene Interesse und andererseits Furcht vor dem Auslande, welche den Wunsch nach einer engen Verbindung mit Preußen vorschrieben. Ohne Zweifel war es keine Zwangsehe, wie man nur zu leicht in Frankreich glauben möchte, aber es war auch kein Liebesbund, es war wesentlich eine Vernunftheirath. Dies sollte man nicht so schnell vergessen und nicht so sehr sich beeilen, das Ende der Flitterwochen anzukündigen. Man müßte es zu schätzen wissen, mit welch patriotischer Resignation man in den neuen Provinzen die allgemeine Militärpflicht, die Ausgleichung der Steuern hingenommen hat, mit welcher Geduld die Liberalen auf einen Personen= und Systemwechsel gewartet haben. Wenn man auch ferner noch sich die Sympathieen der Bevölkerung entfremdet, indem man unnöthiger Weise störend in ihre materiellen Interessen eingreift, wenn man sich Mühe giebt, die liberale Partei in all ihren gerechten Hoffnungen zu enttäuschen, so wird man sich bald auf nichts Anderes mehr stützen können, als auf die gemeinschaftliche Furcht vor dem Auslande. Diese Furcht war, wie wir wissen, allmächtig um die deutsche Einheit zu begründen; sie wird es wohl auch sein, um diese Einheit zu behaupten. Wenn aber, wie Alles glauben läßt, Frankreich den Gedanken aufgiebt, durch Erzeugung internationaler Schwierigkeiten Preußen zur Wiederbelebung jener patriotischen Furcht zu verhelfen, wenn diese von der preußischen Regierung so geschickt verwertheten Besorgnisse einmal aus Deutschland verschwinden; glaubt man alsdann, daß das kaufmännische Interesse, die rein äußerliche Gewalt und die Liebenswürdigkeit der preußischen Büreaukratie hinreichen werden, um das 1866 errichtete Gebäude auf einige Zeit hinaus zu erhalten? — Dem Premier und Bundeskanzler wird bald die Gelegenheit geboten werden, zu zeigen, ob er wirklich der Mann ist, für den man ihn halten möchte. Die Wahlen werden in einigen Wochen stattfinden, der Reichstag wird im September zusammentreten, das preußische Parlament im October eröffnet werden. Die Beschwerden werden zahlreich und lebhaft sein. Wird man ihnen gerecht werden, oder sie als gar nicht vorhanden ansehen? Wird die Regierung mit den Männern und den Ueberlieferungen einer wenig beliebten und wenig liebenswürdigen Büreaukratie brechen oder nicht? Damit ein Land frei und stark sei, genügt es nicht, daß man der öffentlichen Meinung gestattet, sich kundzugeben, sondern man muß sie auch anzuhören verstehen, wenn sie sich vernehmen läßt. Das ist eine Grundwahrheit, die man nur sehr selten in Preußen begriffen hat, von der man sich aber endlich einmal durchdringen lassen müßte."

Zur Situation.

Man schreibt der „K. Z." aus Florenz, 2. Aug.: „Die Erklärungen, welche das französische Cabinet über das Verhalten des Generals Dumont bei der Musterung der römischen Legion der italienischen Regierung gegeben hat, sind von dieser als befriedigend entgegengenommen worden. In Folge dessen wird Ritter Nigra, welcher Aufklärungen über die französische Politik in der römischen Frage geben sollte, nach Paris zurückkehren." Hr. Nigra, — fügt das genannte Blatt hinzu — der Schüler Cavour's, ist kein Mann, den es nach einer Allianz mit Oesterreich, nach einer Tripel=Allianz zwischen Franereich, Oesterreich und Italien gelüstet. Er gilt für einen Freund des preußischen Bündnisses, durch welches Italien zu seiner vollen Unabhängigkeit gelangt ist. Gerade weil Nigra ein Freund der Unabhängigkeit seines Vaterlandes ist, würde er sich vorkommenden Falles nicht so leicht, wie man dies Rattazzi zutrauen kann, zu einem Werkzeuge der französischen Politik hergeben.

— **Zur nordschleswigschen Frage** Die Behauptungen der dänischen Diplomatie, daß in der nordschleswigschen Frage das Petersburger Kabinet sehr entschieden für die dänischen Ansprüche eintrete, haben sich als Erdichtung erwiesen. In Wien ist man über die Intentionen Rußlands in dieser Frage gut unterrichtet und weiß, daß Fürst Gortschakow zwar sich zu Gunsten einer billigen Lösung dieser Frage verwendet, daß er aber niemals verlangt hat, daß Preußen der paar tausend Dänen in den schleswigschen Norddistrikten wegen deutsche National=Interessen preisgebe. Namentlich ist es nichts weiter als eine Erfindung, daß Gortschakow die Rückgabe von Düppel und Alsen an Dänemark verlangt hat. Auch Herr von Beust verhält sich in dieser Frage durchaus reservirt und eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen würde rücksichtlich dieses Punktes kaum schwierig sein.

— **Zur orientalischen Frage**. Wenn vielfach scherzhaft behauptet wird, die Reise des Sultans durch Westeuropa habe die Bedeutung, daß derselbe seinen Mitsouverainen vor seiner Abreise aus Europa seinen Abschiedsbesuch gemacht habe, so scheint uns, daß er auf diese Weise sein Möglichstes gethan hat, um sich gegen eine solche gezwungene Abreise zu schützen, und daß seine Bemühungen weder in Paris, noch in London und Wien erfolglos gewesen sind. In allen drei Orten betrachtet man Rußlands Vordringen nach Constantinopel mit viel zu eifersüchtigen Augen, um nicht jede Gelegenheit wahrzunehmen, dasselbe zu verzögern. Diese Bemühungen des Sultans und der Erfolg derselben scheinen nun aber in Petersburg nicht unbeachtet geblieben zu sein, und man fühlt sich deshalb von Neuem gedrungen, sich der bedrückten Christen anzunehmen, wenigstens zeigen die neuesten Nachrichten aus Candia und Griechenland, daß sich die Griechen von Neuem anstrengen, die Türken aus Candia zu verjagen, was natürlich auf den Rath Rußlands geschieht. Daß die Aufständigen in Candia sich bis jetzt überhaupt nur durch Unterstützung der griechischen Regierung halten konnten, das liegt auf der Hand, jetzt aber rüstet man, wenn die darüber eine getroffenen Nachrichten wahr sind, ganz offen in Griechenland, um, wie es scheint, den Aufstand in Candanicht nur durch Zufuhr von Lebensmitteln und Munition, sowie durch Zuführung von Freiwilligen zu unterstützen, sondern um demselben eine viel wirksamere Hilfe dadurch zu Theil werden zu lassen, daß man die Türkei offen auf dem Festlande angreift; Alles natürlich nur, um die Lage der Christen in der Türkei zu verbessern. Noch steht zu erwarten, daß es den Bemühungen der westlichen Großmächte gelingen wird, die Rüstungen auf eine bloße Demonstration zu beschränken, welche die Pforte zu einigen Concessionen in Betreff Candias bewegen wird, ohne daß aber eine wirkliche Lostrennung dieser Insel von dem türkischen Reiche erfolgen wird, da eine solche Trennung das Signal zum Verfall der Türkei sein würde, was doch gerade die Westmächte verhindern wollen. Gelingt es diesmal noch den Westmächten von der Türkei das drohende Unwetter abzuwenden, und gelingt es dem Sultan, im Gefühle der staatlichen Sicherheit, ernstlich an die Durchführung von Reformen zu gehen, so könnte sehr leicht in nicht allzulanger Zeit bei den Christen in der Türkei das Gefühl lebendig werden, daß sie viel zufriedener sein können, als ihre Brüder in Rußland und Griechenland.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Es scheint, daß die Ausführung eines großen Theiles der Verordnungen, durch welche die Gleichstellung der neuen und alten Provinzen angebahnt werden sollte, wieder sistirt wird. Da diese Sistirung nur solche Maßregeln trifft, welche in das Ressort des Finanzministers fallen, so scheint uns darin gleichsam ein sehr stark ausgesprochener Tadel dieses Ministers zu liegen, welcher vielleicht in anderen Ländern den Rücktritt desselben zur Folge haben würde. Wenn wir auch nun ein solches Resulsat bei uns nicht erwarten so drängt sich uns doch eine andere Frage auf, deren

Beantwortung schwierig zu sein scheint. Da nicht anzunehmen ist, daß jene Verordnungen ohne eingehende Prüfung des Finanzministers und ohne Berücksichtigung des Einflußes derselben auf die Finanzen des Landes erlassen sind, so hat doch auch wahrscheinlich der Finanzminister bei seinen Budgetaufstellungen auf dieseu Einfluß Rücksicht genommen. Wenn nun die Ausführung der Verordnungen sistirt wird, so fällt dadurch der Einfluß derselben auf die Finanzen fort und es frägt sich, wie wird alsdann das wirkliche Resultat des Budgetabschlusses den Aufstellungen des Finanzministers entsprechen? Vielleicht werden spätere Zeiten darüber Aufschluß geben; für die uächste Zeit werden wir uns wohl mit dem Bekanntwerden der eineinfachen Zahlen, d. h. der Thatsache, ob die Verwaltungen in den neuen Ländern einen Ueberschuß ergeben, oder einen Zuschuß erfordert haben, begnügen müssen. Der Spielpächter von Bad Homburg, Hr. Blanc, ein seiner Zeit aus seiner Heimath ausgewiesener Franzose, hat, wie die „Mittelrh. Ztg." meldet, unter brüsker Zurückweisung der von der preußischen Regierung gestellten Anträge erklärt, er werde die Intervention der französischen Regiernng wegen Verletzung und Schädigung seiner Privatrechte anrufen und erwarte von ihr den Schutz, dessen ein Franzose nirgends in der Welt entbehre!

— Die Vertrauensmänner aus Hannover waren am v. Sonntag, vom Finanzminister Freiherrn v. d. Heydt zum Diner eingeladen. Die beendigten Verhandlungen haben sieben Sitzungen, von Montag bis Sonnabend der vorigen Woche (an letzterem Tage fand eine doppelte Sitzung statt) in Anspruch genommen.

— Am 6. d. in früher Morgenstunde, unter zahlreicher Betheiligung des ganzen Volkes, wurden die sterblichen Ueberreste des Nestors der Universität, des greisen Boeckh ihrer letzren Ruhestätte zugeführt. Obgleich seine seit einigen Wochen zunehmende Kränklichkeit darauf vorbereiten mußte, doß auch er in Kurzem der Natur ihren Tribut zollen werde, so hat sein Tod doch allgemein überrascht, gleichsam als ob die Jugendfrische des Geistes und Körpers, welche er sich, wie wenig Andere bewahrt hatte, dem Volke als ein Talisman der Unsterblichkeit gegolten hätte. Die Theilnahme am Leichenzuge zeigt recht deutlich die Liebe und Verehrung, welche der Verstorbene sich erworben hatte. Die Mitglieder der Akademie, die Lehrer der Universität sowie der Gymnasien und Schulen waren ziemlich vollständig erschienen; die Studenten, soviel ihrer noch in Berlin anwesend sind, dazu Deputationen vom Magistrat und Stadtverordneten und die zahlreichen Freunde des Verstorbenen; es war ein Leichenzug, wie ihn Berlin seit dem Begräbniß Alexander von Humboldts nicht gesehen hatte. Aber auffallend war der Umstand, daß kein Minister im Trauerhause erschienen war; das Unterrichtsministerium war durch den Geh.-Rath Lehnert vertreten, aber es schien doch den Meisten natürlich, daß bei dem Begräbniß eines Mannes von dem Rufe Böckhs, der ja auch Kanzler des Ordens pour le mérite war, die in Berlin anwesenden Minister sich betheiligt hätten. Dieselben haben dies nicht für nothwendig gehalten, die Theilnahme des Volkes mußte die Theilnahme der Minister ersetzen und sie hat dies in einem hohen Maße gethan, daß ein Jeder damit zufrieden sein kann. Mögen die Schüler Böckhs, welche heute trauernd an seinem Grabe standen, von ihm gelernt haben, daß die wahre Gelehrsamkeit nicht zu jener Abgeschlossenheit von allen Interessen führt und mögen sie in seinem Sinne fortwirken, dieses Vorurtheil zn zerstören. Im Gegensatze zu Schulze-Delitzsch, der bekanntlich die Theilnahme an dem Friedenscongreß abgelehnt, hat Joh. Jacoby zugesagt. Wie die „Zukunft" mittheilt, hat Joh. Jacoby an Hrn. Emile Acollas in Paris folgendes Schreiben gerichtet: „Geehrter Herr! Der internationale Friedenscongreß, welchem beizutreten Sie mich auffordern, wird nach meinem Dafürhalten erst dann erfolgreiche Wirkung erzielen, wenn es dem freien, selbstständigen Bürgerthum in den einzelnen Staaten Europa's gelungen sein wird, einen größern Einfluß auf die öffentlichen Angeiegenheiten auszuüben, als dies gegenwärtig der Fall ist. Doch dürfte auch jetzt schon die Vereinigung gleichgesinnter Männer aus den verschiedenen Ländern — behufs gegenseitiger Verständigung und Vorbereitung gemeinsamer Thätigkeit — dem von Ihnen beabsichtigten großartigen Zwecke förderlich sein. Jedenfalls wird dadurch dem Mißbrauche des sogenannten „Nationalitätprinzips", dem auf eifrige Pflege des Völkerhasses gegründeten divide et impera eine heilsame Schranke gesetzt. Ich erachte es meinerseits für Pflicht, dem internationalen Friedenscongresse mich anzuschließen und ersuche Sie, geehrter Herr, meinen Namen dem Mitgliederverzeichnisse desselben hinzuzufügen. Mit brüderlichem Gruß Ihr Dr. Johann Jacoby. Königsberg 2. August."

— Behufs weiterer Entwickelung der Verfassung der evangelischen Landeskirche sollen bekanntlich Provinzialsynoden gebildet werden. Der Entwurf einer solchen Provinzialsynode-Ordnung ist, offiziösen Quellen zufolge, bereits durch die königl. Konsistorien den evangelischen Geistlichkeiten zur Erleichterung und Förderung der Berathungen über diesen Entwurf übermittelt worden. Der Entwurf bezieht sich zunächst auf die Provinzialsynode-Ordnungen in den sechs alten östlichen Provinzen, und besteht aus 12 Paragraphen. Die Mitglieder erhalten während der Theilnahme an der Versammlung Tagegelder und Reisegelder, deren Zahlung aus den einzurichtenden Provinzialsynodal-Kassen erfolgt, welche wiederum ihre Mittel aus den Kreissynodal-Kassen nach Maßgabe einer aufzustellenden Matrikel beziehen.

— Die „Prov.-Correspondenz" v. 7. d. meldet, daß der König Ende dieser Woche in das Seebad reise. Zu gleicher Zeit kehrt Graf Bismarck nach Berlin zurück. Die Regierung ist noch ohne Nachricht über die Schritte und das Verbleiben des preußischen Gesandten in Mexiko, Herrn v. Magnus. Nach demselben Blatte sind keine neuen Steuern und auch keine Steuererhöhungen zur Deckung der Mehrausgaben erforderlich.

— Die „Post" schreibt: Zu welch lächerlichen, dem Sinne des Gesetzes direkt entgegenlaufenden Consequenzen es führen kann, wenn ein Beamter sich unter allen Umständen bei Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten ledig an den Buchstaben der betr: Bestimmungen hält, zeigt ein der „Deutschen Allg. Ztg." zugehender Bericht des Kaufmanns Fr. Kühn aus Leipzig. Herr Kühn fuhr — wenn sein Bericht wahrheitsgetreu ist — mit drei anderen Herren per Eisenbahn nach Weimar, und verküzte sich die Zeit mit dem edlen Skatspiel. Spielend fahren sie über die Grenze, nicht ahnend, daß sie ein auch im Norddeutschen Bunde noch immer höchst strafbares Vergehen sich zu Schulden kommen lassen. Doch der Obersteuer-Controleur Bringk aus Naumburg, der in demselben Coupé mitfuhr, belehrte sie bald darüber, daß Unkenntniß des Gesetzes nicht schützt. Hr. Bringk wandte in Naumburg sich an die Spielenden, bat sich die Karten aus, confiscirte dieselben und forderte die höchst Ueberraschten auf, ihm Behufs Aufnahme eines Protokolls zu folgen. Vergebens legitimirten sich die Herren durch Ueberreichung ihrer Paßkarten, vergebens erboten sie sich zur Hinterlegung von je 10 Thlr., als den eventuellen Betrag der Strache, vergebens bitten sie, ihre Weiterreise zu gestatten. In Kösen wurde gehalten, die Reisenden mußten aussteigen; der Zug ging davon und ein Protokoll, das 1½ Stunden Zeisverlust veranlaßte, wurde aufgenommen. Es lag hier offenbar eine Stempel-Defraudation im Sinne des Gesetzes nicht vor, so daß der Beamte sich wohl mit der Legitimation und Deponirung der etwaigen Strafsummen hätte begnügen können. Ein derartiger Beamten-Rigorismus gehört zu den bedauerlichsten Erscheinungen der preuß. Bureaukratie und ist wahrlich nicht dazu angethan, unsere Bundesgenossen uns inniger zu befreunden, von moralischen Eroberungen ganz abgesehen.

Hannover. Ueber die Resultate der Berathung der hannoverschen Vertrauensmänner in Berlin melden „Hannoverscher Courier" und „Zeitung für Norddeutschland" im Allgemeinen übereinstimmend nur Befriedigendes. Die preußische Regierung und namentlich der Minister des Innern hat sich in allen Richtungen durchaus entgegenkommend gegen die Wünsche der Provinz verhalten! Die preußischen Landrathsämter werden nicht eingeführt, die Aemter bleiben in ihrem Wirkungskreise völlig intakt erhalten, nur für Militärangelegenheiten, sowohl bei den gewöhnlichen Geschäften in Friedenszeiten wie bei etwaigen Mobilmachungen, für Wahl der Steuer-Einschätzungskommissionen und für Betreibung gewisser gemeinnütziger Angelegenheiten wird aus mehreren Aemtern ein etwa 60,000 Seelen umfassender Kreis gebildet, zu dessen Verwaltung einer der Beamten dieses Bezirks von der Regierung ernannt wird. Eine Kresversammlung wird aus den Amtsversammlungen und den Städren gebildet, denen die Grundbesitzer mit Virilstimmrecht hinzutreten. Solcher Kreise sind, wie schon früher mitgetheilt, 37 bestimmt, die zugleich auch die Wahlbezirke für das Abgeordnetenhaus darstellen sollen. An Stelle der 6 Landdrosteien und der Berghauptmannschaft sollen die früher schon erwähnten 4 Regierungen von Hannover, Osnabrück, Lüneburg, Stade treten, während der Oberpräsident in Hannover seinen Sitz haben wird. Die Synodalordnung für die lutherische Kirche bleibt erhalten und dürfte damit auch der formelle Bestand des Landeskonsistorinms gesichert sein; die fünf Provinzialkonsistorien geben dagegen die Schulsachen an die Regierungen, die Ehe- und Verlöbnißsachen, die ihnen von der geistlichen Gerichtsbarkeit geblieben, an die ordentlichen weltlichen Gerichte ab, so daß die Provinzialkonsistorien über kurz oder lang überflüssig werden. Ueber eine Provinzialvertretung Hannovers ist, wie der „Courier" genauer berichtet, ein völliges Uebereintommen zwischen der Regierung und den Vertrauensmännern noch nicht erzielt.

Stuttgart. Programm der süddeutschen Fortschrittspartei: 1) Die Wiedervereinigung der süddeutschen Staaten mit Norddeutschland ist die unentbehrliche Lebensbedingung des deutschen Volkes. In derselben wurzelt zugleich die Gewährleistung des europäischen Friedens. 2) die deutsche Nation weist jede fremde Einmischung in ibre Selbstgestaltung zurück. 3) Die Versammlung begrüßt mit Freuden die Schutz- und Trutzbundnisse der süddeutschen Staaten. 4) Ebenso freudig zu begrüßen ist das Zollparlament, das ein Mittel ist, dem deutschen Volke endlich die gebührende Mitwirkung bei der Ordnung seiner wirthschaftlichen Angelegenheiten zu sichern und die freie Bewegung des Ganzen nicht durch den engherzigen Widerspruch einzelner Staaten hemmen zu lassen. 5) Bei diesen Anfängen nationaler Gemeinschaft darf aber die Entwickelung nicht steben bleiben; gegenüber den großen Steuerpflichten muß auch der volle Antheil an den Rechten, welche die norddeutsche Bundesverfassung gewährt, gegeben werden. 6) Insbesondere ist das Verlangen von Süddeutschland gemeinsam mit dem Norden, das deutsche Bürger-Niederlassungs- und Gewerberecht zu ordnen, vollberechtigt und unabweisbar. 7) In diesem Geiste sind die bevorstehenden Wahlen znm Zollparlament zu vollziehen. Um jedoch das Ziel einer völligen Einiguug der süddeutschen Staaten mit Norddentschland zu erreichen, ist der Eintritt in den norddeutschen Bund, trotz der Mängel und Lücken seiner Verfassung und trotz der beklagenswerthen Mißgriffe der preußischen Verwaltung, der einzig mögliche Weg. Der Prager Friede kann kein Hinderniß sein.

Schleiz. Es ist vor der Abreise des Fürsten nach Ostende ins Seebad dem fürstlichen Ministerium durch höchsten Erlaß eröffnet worden, daß mit Rücksicht auf die in Folge der Verfassung des Norddeutschen Bundes eintretende Minderung der Staats-Einnahmen und Erhöhung der Steuern die Zahlungen im jährlichen Betrage von etwa 6700 Thlr., welche zeitweise aus der Staatskasse an verschiedene Cameralkassen zu leisten waren, von Anfang nächsten Jahres an für die Zukunft in Wegfall kommen sollen. Somit macht der Fürst dem Lande ein Geschenk, dessen Capitalwerth sich auf mehr als 165,000 Thlr. beziffert.

Frankreich.

— Ueber Washington hat man hier neuere Nachrichten über die Lage des Herrn Dano. Der französische Gesandte, welcher die Stadt Mexico bis auf Weiteres nicht verlassen darf, erfreut sich im Uebrigen der rücksichtsvollsten Behandlung und vollkommenen Freiheit der Bewegung. Juarez soll erklärt haben, daß er auf eine förmliche Liquidation des Schadens, welchen Mexico durch die französische Intervention erlitten hätte, verzichte und nur auf der Rückerstattung derjenigen Summen bestehe, welche Frankreich während der Okkupation nach dem eigenen Geständnisse des „Moniteur" aus dem Lande gezogen hätte. Diese Rechnung sei leicht zu machen und sobald sie berichtigt wäre, würde der Abreise des Herrn Dano nichts weiter im Wege stehen. Man erinnert sich in der That, daß während der Expedition der „Moniteur" selten die Ankunft einer mexikanischen Post meldete, ohne zugleich anzuzeigen, daß dieselbe eine gewisse, oft in die Hunderttausende gehende Summe mitgebracht hätte. Das Schlimmste bei der Sache ist, daß, wie man jetzt hört, diese Ziffern nicht einmal immer der Wahrheit entsprochen hätten, sondern oft, um den Eindruck der Post zu verbessern, erheblich übertrieben worden wären. Uebrigens soll nach einer anderen Version die mexikanische Regierung sich für die Rückerstattung dieser Summen nicht blos an die Person des Herrn Dano, sondern nöthigenfalls auch an das Vermögen der französischen Staatsangehörigen halten wollen. — Ein Pariser Correspondent des „Nord" spricht von einer Note, welche kürzlich von dem Kabinette der Tuilerien an die Regierung von Luxemburg gesandt worden wäre und sich auf die Herstellung des Zollvereins bezöge. Die französische Regierung sehe in dem Zollparlamente, welches fernerhin den Angelegenheiten des Zollvereins vorstehen wird und wozu alle diesem angehörigen Staaten Abgeordnete senden werden, eine Art von parlamentarischer Annexion, welche in dem besonderen Falle von Luxemburg im augenscheinlichen Widerspruche wäre mit der durch den Vertrag von London aufgestellten Neutralität. Der Korrespondent des „Nord" glaubt nicht, daß man aus dieser Note auf ein Wiedererwachen der Luxemburger Frage zu schließen habe. Aehnliche Bemerkungen über dieselbe Frage sind bekanntlich von der französischen Regierung an die süddeutschen Staaten gerichtet worden; indessen wären sie in Betreff Luxemburgs um so unnöthiger gewesen, da dieses, obwohl es im Zollverein bleibt, doch dem mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Vertrage über das Zollparlament fremd geblieben ist und in demselben nicht vertreten sein wird.

Italien.

— Obwohl die von Rattazzi angeordneten Maßnahmen zur Auflösung aller wider Rom gerichteten demokratischen Strategeme einen nicht eben aufmunternden Eindruck auf unsere Patrioten machten, so würde man sich doch irren, wenn man glaubte, sie hätten ihren Plan einer allgemeinen Erhebung im Kirchenstaate aufgegeben. Wenn die demokratischen Vereine in Genua, Livorno, Bologna und anderen Orten erklärten, ihre Anwerbungen gälten einer Auswanderung nach Buenos-Ayres, so glaubt man hier schon aus der Zeit her, wo Garibaldi seine Expedition gegegen Sicilien unternahm, zu wissen, wie das zu verstehen ist.

Großbritannien.

— Das Comitee des Unterhanses zur Untersuchung über die Bill in Betreff der Titel des katholischen Klerus hat seine Berathungen beendigt und entscheidet sich in seinem Berichte an das Unterhans für die Abschaffung der jetzt herrschenden Bestimmungen, durch welche den genannten Bischöfen es als gesetzwidrig untersagt wird, den Titel ihrer Sprengel zu führen. Die Ausführungen des Comitee-Berichts erkennen es als eine Nothwendigkeit für die Verwaltung der Kirche an, daß dieselbe statt der früheren apostolischen Vikare eine Hierarchie besitze. Da außerdem durch die Exekutive sowohl wie durch Parlamentsakte, die schweigend einen gewissen Etat von Erzbischöfen und Bischöfen anerkannt und denselben gelegentlich eine bestimmte Rangstellung eingeräumt, trotz der genannten Bestimmungen eine Art Herkommen gebildet worden, das in keiner Weise von übeln Fotgen gewesen, da im Gegentheil durch die strikte Durchführung dieser Verordnungen die Rechte der katholischen Gemeinschaft in rein geistlichen Angelegenheiten ernstlich gefährdet werde, indem die katholischen Prälaten sich in der Alternative befänden, entweder eine Parlamentsakte zu übertreten, oder ihre religiösen Pflichten zu vernachlässigen, so neigt sich das Comitee zu der Ansicht, daß die Erlaubniß zur Führung von geistlichen Titeln, wobei Kollision mit den Titeln der englischen Staatskirche vermieden werde, auf der einen Seite viel Anlaß zu Streitigkeiten und unnützem Hader entfernen und auf der andern den Bischöfen in keiner

Weise eine weltliche Macht ertheilen, noch den Angehörigrn der Staatskirche Beeinträchtigung oder Schaden bereiten könne.

Rußland.

— Ein kaiserliches Manifest ordnet die Rekrutirung an für das Königreich Polen, welche am 2./14. Oktober anfangen und am 4./16 November beendigt sein soll. Von je 1000 männlichen Seelen werden 4 Rekruten gestellt, außer 1½ von 1000 als Ersatz für Rückstände aus den Jahren 1863/64, in welchen Jahren wegen des Aufstandes keine Rekrutirung stattfinden konnte. Bis zum Betrag der 1½ von 1000 kann jeder geloosste Rekrnt mit 400 R. S. sich freikaufen. Befreit von der Militairpflicht sind Beamte, selbst Postillone, Edelleute, Schüler der Hochschule und der zwei oberen Gymnasialklassen, versteht sich nur während der Zeit des Schulbesuchs, griechische und katholische Geistliche aller Grade, evangelische und jüdische Geistliche nur gewisser Grade und Letztere in beschränkter Zahl, russische Colonisten, Juden, die zum Christenthum übergehen, der eiuzige Sohn einer Familie u. s. w. — Das Regulirungscomité verordnet, daß in Bagatellprozessen zwischen Dorf- und Stadtbewohnern die Dorfgemeinderichter zu entscheiden haben. Es ist dieses wieder eine Bevorzugunn des Bauern vor jeder andern Bevölkerungsklasse. — Während die sogenannte Amnestie vom 17./29. Mai noch keinem Einzigen der in der Citadelle befindlichen politischen Angeklagten zu Gute kam, während die Untersuchungskommission nicht einen Augenblick ihre Wirksamkeit eingestellt und trotz des ausdrücklichen Ukases, welcher alle Untersuchungen von Vergehen aus dem Aufstande her niederzuschlagen befiehlt, diese Untersuchungen nicht nur fortsetzt, sondern sogar noch immer neue Verhaftungen vornimmt, — ist die „Amnestie" wenigstens in so fern ausgeführt, daß ein paar hundert Personen, welche ohne Verhör und Urtheil blos in Ausführung einer „administrativen Maßregel", nach dem Innern Rußlands verschickt waren, nunmehr heimgekehrt sind. Es dürfte dieses der Rest der Tausende sein, welche in solcher Weise, ohne Verhör und Urtheil verschickt waren, und die dann successive auf Verwendung heimkehrten. Mit Erstanen erfährt man jetzt, daß mehrere von diesen auf „administrativem Wege" Verschickten in die Sträflingskompagnie gesteckt waren, was wohl eine eigenmächtige Handlung der Ortsmilitärbehörden war, zu denen die Unglücklichen geschickt waren.

Provinzielles.

— In dem Ressort der Justizverwaltung sind gegenwärtig folgende Bauten für die Provinz Preußen projectirt, resp. in Angriff genommen und in der Ausführung begriffen: 1) der Bau eines Gerichtsgebäudes nebst Gefängniß für das Kreisgericht zu Ortelsburg, veranschlagt auf 80,250 Thlr; 2) die Fortführung des Neubaues eines Gerichtsgebäudes und Gefängnisses für das Kreisgericht zu Tilsit, veranschlagt auf 124,028 Thlr.; 3) die Fortführung des Neubaues eines Gerichtsgebäudes nebst Gefängniß für das Kreisgericht zu Thorn, veranschlagt auf 78,060 Thlr.; 4) die Fortführung des Neubaues eines Gerichtsgebäudes nebst Gefängniß für das Kreisgericht zu Flatow, veranschlagt auf 42,290 Rhlr.; 5) der Neubau eines Gerichtsgebäudes nebst Gefängniß für die Kreisgerichts-Deputation zu Tuchel, veranschlagt auf 32,524 Thlr.

Lokales.

— **Zur Reichstagswahl.** Als Termin zu den Reichstagswahlen ist der 27. August bestimmt. Die Eröffnung des Bundesraths findet am 15. August statt.

— **Kommerzielles.** Aus Polen gingen auf dem Bahnhof Thorn im Juli cr. an Gütern (Gewicht in Pfunden) ein: 10,070 Weizen, 818,590 Kohlen, 56,308 Eisen, 98,256 Zuckererde, 63,792 Wolle, 3,318 Borsten, 4147 Roßhaare, 530 Hopfen, 30 rc. Schweine.

Während unsere Staatsregierung den Handelsverkehr zwischen Polen, resp. Rußland und Preußen durch alle möglichen Erleichterungen zu beleben bemüht ist, scheint das jenseitige Gouvernement darauf zu sinnen, durch erschwerende Maßnahmen den besagten Handelsverkehr fast unmöglich zu machen. Hierfür ein Beispiel: Seit zwei Monaten nemlich ist, wie wir zuverlässigerseits erfahren, an die Grenz-Zollämter im Nachbarlande die Verordnung erlassen, daß von Wollsäcken, welche aus Preußen eingeführt worden, derselbe Zoll wie von gewöhnlicher Leinwand, und zwar 10 Kopeken pro russisches Pfund nebst 1 Kopeken Zuschlag erhoben werden soll. Bisher zahlten 100 Wollsäcke nur 2 Rubel 70 Kopeken Zoll. — Da nun ein Wollsack 11 bis 12 russische Pfund wiegt, so beträgt der Zoll 1 Rubel 20 bis 31 Kopeken, also mehr als der Werth des Sackes in Preußen und Polen. Durch diese Maßnahmen wird der Wollhandel erheblich geschädigt Zu dem Zoll kommt noch der Umstand, daß in Polen, resp. in Rußland nicht so viel grobe Leinwand produzirt wird, als der Wollhandel daselbst zu Säcken benöthigt ist und kann mithin der preußische Wollhändler seinen Bedarf an Wollsäcken im Nachbarlande nicht ankaufen. Außerdem ist die dortige Sackleinwand von so schlechter Qualität, daß die aus ihr gearbeiteten Wollsäcke keinen längeren Landtransport aushalten. Die in Rede stehende Belastung des Handelsverkehrs ist zur Kenntnißnahme der hiesigen Handelskammer mit dem Ersuchen gebracht, sich betreffenden Orts um Aufhebung des Zolls zu bemühen.

— **Schulwesen.** Heute, den 8. d., nahm bei allen hiesigen Schulanstalten der Unterricht wieder seinen Anfang.

— **In Ciechocinek** war nach der „Gaz. Tor." am 6. d. ein Dilettanten-Konzert von den Kurgästen veranstaltet worden, dessen Ertrag als Fonds zum Bau einer katholischen Kirche daselbst angelegt worden ist.

— **Lotterie.** Bei der am 6. August angefangenen Ziehung der 2. Klasse 136 Königl. Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 4000 Thaler auf Nr. 20,043. 1 Gewinn von 2000 Thlr auf Nr. 57,729. 2 Gewinne zu 600 Thlr. fielen auf Nr. 36,715 und 87,292. 2 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 48,415 und 94,121 und 1 Gewinn von 100 Thlr. fiel auf Nr. 31,829.

Bei der am 7. d. fortgesetzten Ziehung fiel der Hauptgewinn von 10,000 Thlr. auf Nr. 84,807. 1 Gewinn von 4000 Thlr. auf Nro. 29,913. 2 Gewinne zu 2000 Thaler fielen auf Nro. 73,246 nnd 85,521. 1 Gewinn von 600 Thlre fiel auf Nr. 739. 3 Gewinne zu 200 Thaler fielen auf Nr. 20,648, 49,419 und 56,034 und 6 Gewinne zu 100 Thaler auf Nro. 1687, 8975, 53,353, 72,393, 76,984 und 89,003

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Postwesen.** Der zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten abgeschlossene Postvertrag (der je nach dem auch für die deutsch-amerikanische Correspondenz seine Wichtigkeit hat) ist am 8. Juli vom Präsidenten bestätigt worden uud tritt am 1. Januar 1868 ins Leben. Nach seinen Bestimmungen wird das Porto auf Briefe, die nicht über ½ Unze wiegen, nach und von den Vereinigten Staaten 12 Cent, statt wie bisher 24 Cent betragen, welch letztere Rate jetzt für alle über ½ Unze und nicht 1 Unze schwere Briefe bezahlt wird. Für jede weitere Unze werden 24 Cent berechnet. Jeder Brief, welcher nicht genügend frankirt oder völlig unfrankirt in den Vereinigten Staaten von England ankommt, soll zuzüglich des fehlenden Portos mit 5 Cent belastet werden, welche dem Postamte der Vereinigten Staaten zufallen; jeder unvollständig frankirte oder völlig unfrankirte Brief, welcher in England von den Vereinigten Staaten ankommt, soll außer dem fehlenden Porto einem vom britischen Postamte zu bestimmenden Zuschlage unterworfen sein. Internationale Zeitungen, Bücher, Packete, einschließlich Drucksachen aller Art, Landkarten, Pläne, Gravirungen, Zeichnungen, Photographien, Noten rc. und Muster, Waarenproben, einschließlich Samen und Getreide, werden von einem der beiden Zollämter zu einer Taxe nicht unter 3 P. im vereinigten Königreiche und nicht unter 6 Cent in den Vereinigten Staaten p. 4 Unzen für Bücher, Muster oder Waarenproben und unter solchen Vorschriften, wie das expedirende Postamt von Zeit zu Zeit erlassen mag, befördert werden, mit Francaturzwang in allen Fällen.

— **Zur Preußischen Staatsanleihe von** 1859. Die neuen Coupons Serie III. Nr. 1 bis 8 über die Zinsen der fünfprozentigen Staatsanleihe von 1859 für die vier Jahre vom 1. Juli 1867 bis dahin 1871 nebst Talons werdem vom 1. **Juni d. J. ab** von der **Kontrolle der Staatspapiere** hierselbst Oranienstraße Nr. 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und der Kassenrevisionstage, ausgereicht werden. Die Coupons können bei der Kontrolle der Staatspapiere selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, die Haupt-Steueramts-Kasse in Frankfurt a. M., die Haupt-Staatskasse in Kassel, die Staatskasse in Wiesbaden, die Generalkasse in Hannover nnd die Schleswig-Holsteinische Hauptkasse in Rendsburg bezogen werden. — Wer die Coupons bei der Controlle der Staatspapiere in Empfang nehmen will, hat die Talons vom 14. Februar 1863 mit eiuem Verzeichnisse zu welchem Formulare bei der gedachten Kontrolle und in Hamburg bei dem Preußischen Ober-Postamte unentgeldlich zu haben sind, bei derselben pesönlich oder durch einen Beauftragten abzugeben. — Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß nur einfach, dagegen von denen, welche eine schriftliche Bescheinigung über die Abgabe der Talons zu erhalten wünschen, doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangs-Bescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Abholung der neuen Coupons zurückzugeben — **In Schriftwechsel kann sich die Kontrolle der Staats-Papiere nicht einlassen.** — Wer die Coupons durch eine Regierungs-Hauptkasse oder eine der oben genannten Kassen beziehen will, hat derselben die alten Talons mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgeben, und ist bei Aushändigung der neuen Coupons wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den Regierungs-Hauptkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden, sowie bei den oben genannten fünf Kassen nnentgeldlich zu haben. — Des Einreichens der Schuldverschreibungen selbst bedarf es nur dann, wenn die alten Talons abhanden sind; in diesem Falle sind die Dokumente an die Kontrolle der Staaatspapiere oder an eine der Regierungs-Hauptkassen und der anderen fünf Kassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen. — Die Beförderung des Talons oder Schuldverschreibungen an die genannten Kassen (nicht an die Kontrolle der Staatspapiere) erfolgt durch die Post bis zum 1. Februar k. J. portofrei, wenn auf dem Couverte bemerkt ist:

„Talons (bezw. Schuldverschreibung) der Staatsanleihe von 1859 zum Empfange neuer Coupons. Werth . . . . . . Thlr."

Mit dem 1. Februar k. J. hört diese Portofreiheit auf, und es erfolgt auch die Rücksendung nur bis dahin portofrei. Für solche Sendungen, die von Orten eingehen oder nach Orten bestimmmt sind, welche außerhalb des Preußischen Postbezirks, aber innerhalb des deutschen Postvereinsgebiets liegen, kann eine Befreiung vom Porto nach den Vereinsbestimmungen nicht stattfinden. Berlin, den 8. Mai 1867. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 18⅔ pCt. Russisch-Papier 19 pCt. Klein-Courant 21 pCt. Groß-Courant 10 pCt. Alte Silberrubel 8 pCt. Neue Silberrubel 5—6 pCt. Alte Kopeken 10—12 pCt. Neue Kopeken 15 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 8. August. Temp. Wärme 10 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 7 Fuß 2 Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

Die zum rathhäuslichen Bedarf und für das St. Jacobs-Hospital pro Winter 1867/68 erforderlichen

1½ Centner Lichte
und ½ „ Oel

sollen in dem am

Donnerstag, den 22. August cr.
Nachmittags 5 Uhr

in unserem Secretariat anstehenden Licitations-Termin an den Mindestfordernden in Lieferung überlassen werden.

Die Bedingungen sind in der Registratur einzusehen.

Thorn, den 3. August 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zum Verkauf abgepfändeter Gegenstände und der Nachlaß-Sachen von im Krankenhaus verstorbener Personen rc. steht ein Termin auf

Dienstag, den 13. August cr.
Vormittags 10 Uhr,

im großen Rathhaussaale vor dem Kämmerei-Kassen-Buchhalter Herrn **Schwarz** an, wozu Kaufliebhaber eingeladen werden.

Thorn, den 6. August 1867.

Der Magistrat.

Während meines Urlaubs vom 8. d. Mts. bis 15. k. Mts. werde ich in Bau-Angelegenheit von dem Kreis-Baumeister Herrn **Ulrich** hierselbst vertreten.

Thorn, den 8. August 1867.

Der Baumeister **Kleiss.**

Herr Dr. med. Rud. Weinberger prakt. Arzt und Mitglied der medicinischen Fakultät in Wien, äußert sich in seiner im Jahre 1863 verfaßten Broschüre: „**Die Krankheiten der Athmungsorgane***), ihre Erkenntniß und Behandlung mit dem **weißen Brust-Syrup** von Herrn **G. A. W. Mayer** in Breslau," in der Vorrede wie folgt: „In den nachfolgenden Blättern übergebe ich dem nichtärztlichen Publikum eine auf vielseitige Erfahrung begründete Abhandlung über den in einer großen Anzahl von Fällen sich als heilkräftig bewährten **weißen Brust-Syrup** aus der Fabrik von Herrn **G. A. W. Mayer** in Breslau, gegen eine Reihe von **Brustkrankheiten.** Die große Verbreitung dieser Krankheit unter dem Menschengeschlechte, **sowie ihre große Verderblichkeit** rechtfertigen es wohl, daß der Verfasser, sonst ein Gegner aller angepriesenen Mittel, dem Grundsatze huldigend: „**Prüfet Alles und behaltet das Beste!**" sich veranlaßt gesehen hat, nachdem ihm von Herrn Mayer die Bestandtheile und die Zusammensetzung des **weißen Brust-Syrups** mitgetheilt worden waren, und er sich dadurch von der **Unschädlichkeit** der Komposition überzeugt hatte, diesen Syrup bei einer ziemlich bedeutenden Anzahl von Brustkranken zu versuchen. **Die günstigsten und oft wahrhaft überraschendsten Erfolge,** welche ich mit demselben zu erfahren Gelegenheit hatte, bestimmte mich u. s. w."

Niederlage des allein ächten **weißen Brust-Syrups,** fabricirt vom Erfinder Herrn **G. A. W. Mayer** in Breslau für Thorn Herr **Friedrich Schulz**; für Culm Herr **Carl Brandt**; für Strasburg Herr **C. A. Kœhler.**

*) Bei Gustav Brauns in Leipzig erschienen und zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Beförderung von Annoncen jeder Art.

Im Interesse des inserirenden Publikums, sowie im Hinblick auf die hohe Bedeutung des Inserats überhaupt, sind die unterzeichneten **Annoncen-Expeditionen** in zeitgemässem Sinne dahin übereingekommen, **Inseraten-Aufträge jeder Art** in die **Zeitungen aller Länder,** nach gemeinschaftlichen, reellen, den Herren Auftraggebern in jeder Beziehung entgegenkommenden und beachtenswerthe Vortheile bietenden Grundsätzen zu vermitteln.

Die Unterzeichneten bringen deshalb **nur die Originalpreise** in Rechnung, sichern ausserdem bei belangreicheren Aufträgen **besonders günstige Bedingungen** zu und **ersparen dem betreffenden Inserenten** durch Uebernahme aller Correspondenzen, Portokosten etc. Erhebliches an Zeit und Geld.

Ausführliche Verzeichnisse der Zeitungen aller Welttheile werden **gratis und franco** versandt, sowie **Kostenvoranschläge** bereitwilligst zur Verfügung gestellt.

G. L. Daube & Co. in Frankfurt a. M. & Hamburg,
H. Engler in Leipzig. **Eugen Eort** in Leipzig.
A. Retemeyer in Berlin, **Alois Oppelik** in Wien.
E. Schlotte in Bremen.

Zu haben bei **Ernst Lambeck** in Thorn:

Wieder neu gedruckt und wieder vorräthig ist die vergriffene Auflage des wohlfeil in Lieferungen erscheinenden Werkes:

1 Sgr. wöchentlich — # MARIA STUART. — **4 Sgr. jedes Heft.**

1 Sgr. wöchentlich. — **Prospect.** — **4 Sgr. jedes Heft.**

Im **glänzenden** Gewande einer **fesselnden** Erzählung schildert **Ernst Pitawall** das **herrlichste** Weib wie es **gelebt** und **geliebt,** wie es gelitten im Kerker, wie ihr **schönes Haupt,** getrennt vom Rumpfe durch das Schwert des Henkers, herniederrollt vom Blutgerüst. — 3 Prämien empfängt jeder Abonnent des Werkes „Maria Stuart", nämlich: 1) **Maria Stuart bei der Nachttoilette überrascht.** 2) **Maria Stuart's glänzende Vermählungsfeier.** 3) **Maria Stuart's letzte Augenblicke.**

Dies interessante und spannende Werk ist in allen Buchhandlungen zu haben, insbesondere bei Ernst Lambeck in Thorn.



Per 1/1 Fl. 20 Sgr. per 1/2 Fl. 10 Sgr.

Nach Emancipation

von französischer Mode muß die deutsche Industrie streben. Wie im vorigen Jahrhundert das berühmte Cölnische Wasser alle auswärtigen Essenzen verdrängte, so wird auch jetzt in Deutschland das von uns in Cöln erfundene

Eau de Cologne philocome
(Cölnisches Haarwasser)

mit Recht allen anderen Haarmitteln vorgezogen.

Es befördert das Wachsthum der Haare in unerwarteter Weise, macht sie glänzend, lockig und seidenweich. Das Ausfallen der Haare hemmt es unbedingt und schützt gegen beginnende Kahlköpfigkeit, die sich oft nach Krankheiten einstellt. Der tägliche Gebrauch dieses feinen Toilette-Artikels verhindert das frühzeitige Grauwerden der Haare.

Cöln am Rh.

A. Moras & Cie.
Hoflieferanten Sr. Königl. Hoheit des Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen.

Echt zu haben: in Thorn bei **Ernst Lambeck** in Bromberg bei **Hegewald** jun.; in Graudenz bei **Julius Gäbel**; in Rogasen bei **Jonas Alexander.**

Reis à 2 1/4 Sgr., f. Rio-Caffee à 8 Sgr. p. Pfd, wie ferner Fettheeringe à 10 Sgr. p. Schock, sowie Matjes-Heeringe feinster Qualität bei **A. Mazurkiewicz.**

Französische Spargeln und junge Erbsen, s. w. a. Delicatessen bei **A. Mazurkiewicz.**

Königsberger à 22 Fl., Grätzer à 22 Fl., Schubiner Bairisch à 24 Fl. bei Entnahme 1 Thlr. bei **A. Mazurkiewicz.**

Noch einige 1/2 Loose Osnabrücker Lotterie sind zu haben bei **C. W. Klapp.**

Ein junges Mädchen wünscht eine Stelle als Kellnerin. Nachzufragen beim Restaurateur **Wischniewski.**

Dreschmaschinen,

Göpelwerke, Heckselmaschinen, Rübenschneidemaschinen, Kartoffel- und Malz Quetschen, **Ringel-Walzen,** Ketten- und andere Pumpen, sowie alle landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthe sind stets vorräthig.

Fabrik-, Mühlen-, Ziegelei- und Brennerei-Einrichtungen werden auf's Vortheilhafteste ausgeführt und aufs Bereitwilligste Pläne und Anschläge geliefert.

Außerdem wird bester Guß zu allen Zwecken, sowie vorzügliches Schmiedeeisen und alle Sorten Schaare geliefert. Knochenmehl in bester Qualität.

Gebr. Glöckner,
Eisenhüttenwerk und Maschinenfabrik.
Tschirndorf b. Halbau in Niederschlesien.

---

1 möbl. Zimmer z. verm. sogl. Gerechtestr. 106.

Essig,

à Qrt. 4 Sgr. zum **Einmachen der Früchte,** wohlschmeckend u. seit vielen Jahren als **haltbar** anerkannt, gleichwie Himb. Limon. Sirop à Qt. 20 Sgr., wird bestens empfohlen von **Louis Horstig.**

Den Herren Landwirthen

empfehlen wir unser bedeutendes Lager

künstlicher Düngemittel,

und zwar:

Aecht peruanischen Guano, aufgeschlossenen Peru-Guano von Ohlendorff & Co., Baker-Guano-Superphosphat, Navassa-Guano-, Ammoniak- und Kali-Superphosphat, feinstes gedämpftes Knochenmehl, Kalidünger, schwefelsaures Kali, Chlorkalium u. s. w. nnd dito Magnesia.

Näheres in unserer Herbst-Preisliste, die in diesen Tagen den Druck verläßt, oder brieflich umgehend.

H. B. Maladinsky & Co.
Friedrichstraße Nr. 20 in Bromberg.

Die schlesische und Ostpreußische

Leinen-Niederlage

von

A. Böhm

empfiehlt ihr reichhaltig assortirtes Lager von

Leinen, Tüchern, Bettdrille, Federleinen, Hand-, Tisch- u. Taschentüchern, Shirting, Piques-Dimiti, sowie fertige Herren- und Damenwäsche, Kragen, zu reellen billigen Preisen.

In der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** ist vorräthig:

Rechtsbeistand

für den preussischen Staatsbürger.

Populäre Darstellung des Preussischen Privatrechts und Civilprozesses in Auszügen aus dem ersten Theile des allgemeinen Landrechts, der Prozess-Ordnung sowie der Gesinde-, Wechsel- u. Concursordnung mit 67 Formularen.

Das Werk unterscheidet sich dadurch wesentlich von manchen Werken unter ähnlichem Titel, dass es neben der übersichtlichen Darstellung des preuss. **Civilprozesses,** auch einen Auszug aus dem ersten Theile des **allgemeinen Landrechts,** sowie der **Gesinde-, Wechsel- und Corcurs-Ordnung** und anderer wichtiger Ergänzungs-Gesetze giebt. Durch die reichhaltige Beigabe von **67 Formularen** wird dasselbe für den praktischen Gebrauch noch geeigneter.

Das Buch in gr. 8°. — 14 3/4 Bogen stark, und brochirt kostet

nur 20 Sgr.

Verlag von **H. Krumbhaar** in Liegnitz.

Dem geehrten Publikum zeige ich ergebenst an, daß, nachdem ich die Conzession als Gesindevermiether und Lohndiener erhalten habe, Inspektoren, Gärtner, Hausknechte, Kutscher 2c. jederzeit nachweisen kann. Um geneigte Aufträge ersucht ergebenst

G. R. Gildisch,
Bäckerstr. Nr. 167.

Gute Getreidesäcke

empfiehlt

A. Böhm.

Engl. glasirte Thonröhren.

hat in Commission und empfiehlt

Carl Spiller.

Eine möbl. Stube verm. **Sztuczko.**

Ein freundlich möblirtes Zimmer mit Beköstigung ist zu haben Gerechtestraße Nro. 115/116.

---

1 möblirtes Parterre-Zimmer sogleich zu vermiethen Butterstraße 144.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck (in Vertretung Carl Marquart.) — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.